

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 008/2009 (DBK)

Interpellation Anna Rüefli (SP, Solothurn): Schaffung eines kantonalen Berufsbildungsfonds (20.01.2009)

Gemäss den Erhebungen des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO stieg die Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-Jährige) im Dezember 2008 schweizweit um 7,7% (um 1'369 Personen auf 19'263). Alles deutet darauf hin, dass von der sich abzeichnenden Rezession Jugendliche im Vergleich zu anderen Altersgruppen erneut besonders stark betroffen sein werden. Diese Entwicklung wird wahrscheinlich auch im Kanton Solothurn nicht lange auf sich warten lassen.

Im Kanton Solothurn bilden nur 19,7% (Betriebszählung, Bundesamt für Statistik, 2005) aller Betriebe Lehrlinge aus. Die Ausbildungsverantwortung ist somit auf weniger als einen Fünftel der ansässigen Betriebe beschränkt.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten stehen ausbildende Betriebe besonders in der Verantwortung, bestehende Lehrstellen zu erhalten oder neue zu schaffen. In diesem Unterfangen sollen sie auch entsprechend unterstützt werden.

Ein Mittel, um einer drohenden Lehrstellenverknappung entgegenzuwirken und gleichzeitig Betriebe, die Lernende ausbilden, in ihrer Ausbildungstätigkeit zu unterstützen, ist die Schaffung eines kantonalen, branchenübergreifenden Berufsbildungsfonds. Ein kantonaler Berufsbildungsfonds hat zum Ziel, alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in die Ausbildungsverantwortung einzubinden und somit gerade auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten positiv auf den Erhalt und das Schaffen von Lehrstellen hinzuwirken.

Das erst kürzlich verabschiedete kantonale Berufsbildungsgesetz sieht keinen Berufsbildungsfonds vor. Meines Wissens wurde die Schaffung eines solchen weder in der Vernehmlassung noch in den vorberatenden Gesetzgebungsarbeiten angeregt. Die Entwicklung in anderen Kantonen rechtfertigt es aber, die Errichtung eines solchen Fonds zu diskutieren. So wurde beispielsweise von der Zürcher Stimmbevölkerung die Schaffung eines Berufsbildungsfonds am 28. September 2008 in einer Volksabstimmung mit fast 60% Ja-Stimmen deutlich gutgeheissen.

Der Zürcher Berufsbildungsfonds bezweckt, die den einzelnen Ausbildungsbetrieben entstehenden Kosten der Berufsbildung durch die Beteiligung aller Betriebe des Kantons zu senken; Betriebe, die Lernende ausbilden, zu unterstützen und den Aufbau von branchenbezogenen Fonds gemäss Art. 60 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (BBG) sowie innovative Massnahmen im Bereich der beruflichen Grundbildung, insbesondere Lehrstellenverbünde, zu fördern. Er wird finanziert durch Beiträge von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, welche keine Lernenden ausbilden oder keinem gesamtschweizerischen Branchenberufsbildungsfonds angeschlossen sind. Mit den Mitteln des Berufsbildungsfonds können z.B. Ausbildungsverbünde gefördert, Beiträge an Kosten von überbetrieblichen Kursen gewährt oder Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner mitfinanziert werden: Alles Massnahmen, die besonders auch kleine Unternehmen in ihrer Ausbildungstätigkeit entlasten.

In diesem Zusammenhang stelle ich dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, wenn sich infolge der sich abzeichnenden Wirtschaftskrise die Situation auf dem Solothurner Lehrstellenmarkt massiv verschlechtert?
2. In welchen Branchen werden im Kanton Solothurn prozentual zur Anzahl der Beschäftigten die meisten Lernenden ausgebildet? Gibt es gemäss Regierungsrat Branchen oder Be-

rufgruppen, die sich nur unterdurchschnittlich an der Ausbildung Lernender beteiligen?
Wie haben sich diese Zahlen in den letzten 20 Jahren entwickelt?

3. Kennt der Regierungsrat den Anteil der kantonalen Betriebe, die weder Lernende ausbilden noch in einen vom Bundesrat allgemein verbindlich erklärten branchenbezogenen Berufsbildungsfonds gemäss Art. 60 BBG einzahlen?
4. Gibt es in gewissen Branchen Trittbrettfahrerei in der Berufsausbildung? Sieht der Regierungsrat diese als Problem an? Falls ja, was gedenkt der Regierungsrat gegen Trittbrettfahrerei zu unternehmen?
5. Wie viele Ausbildungsverbünde gibt es im Kanton Solothurn? Wie hat sich diese Zahl in den letzten Jahren entwickelt? Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass Ausbildungsverbünde gezielter gefördert werden könnten? Wenn ja, mit welchen Massnahmen?
6. Was für eine Haltung vertritt der Regierungsrat hinsichtlich der Schaffung eines kantonalen Berufsbildungsfonds analog dem Zürcher Modell? Könnte sich der Regierungsrat für den Kanton Solothurn ein ähnliches Modell vorstellen?

Begründung (20.01.2009): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Anna Rüefli, 2. Manfred Baumann, 3. Trudy Küttel Zimmerli, Evelyn Borer, Fatma Tekol, Urs von Lerber, Philipp Hadorn, Urs Huber, Heinz Glauser, Iris Schelbert-Widmer, Jean-Pierre Summ, Ruedi Heutschi, Clemens Ackermann, Barbara Wyss Flück, Hans-Jörg Staub, Thomas Woodtli, Andreas Ruf, Susanne Schaffner, Caroline Wernli Amoser, Stephanie Affolter, Walter Schürch, Markus Schneider. (22)